

**Heinz Kramer,
Hanna-Lena Krauß:**

Ein kluger Wegweiser

Der Türkei-Bericht der Europäischen Kommission

SWP-Aktuell, Nr. 50, November 2004

Basis für die Entscheidung des Europäischen Rats über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei war der Bericht der Kommission vom 6. Oktober 2004. Interessant ist an diesem Bericht, der als „konditioniertes Ja“ zu Beitrittsverhandlungen interpretiert wird, dass bestimmte beitragspolitische Selbstverständlichkeiten ausdrücklich genannt werden; die Kommission schien also anzunehmen, dass diese von der politischen Elite und der Öffentlichkeit der Türkei noch nicht in hinreichendem Maße verinnerlicht worden sind. Gleichzeitig dient das auch der Beruhigung der dem Beitritt der Türkei meist äußerst skeptisch gegenüberstehenden politischen Öffentlichkeit in den EU-Ländern.

Trotz dieses bislang für Beitrittsverhandlungen als unnötig erachteten Hinweises meint die Kommission aber, dass die Türkei die politischen Kriterien in ausreichendem Maße erfüllt habe, und sie empfiehlt die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen. Im Falle eines schwerwiegenden und dauerhaften Verstoßes gegen die Grundsätze der Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, sollen die Verhandlungen ausgesetzt werden. (Auch das ist nach Ansicht des Rezensenten eine Selbstverständlichkeit! Die dafür angeführten Beispiele der Neufundierung des Rechtssystems auf islamischen Grundsätzen oder eines erneuten Eingreifens der Militärs in das politische Geschehen müssten eigentlich das absolute Aus für Beitrittsverhandlungen bedeuten.)

Zu bedenken ist hinsichtlich des weiteren Reformprozesses der Türkei in ihrer „Europäisierung“, dass der Beschluss entsprechender Gesetze dort keineswegs automatisch auch eine veränderte Praxis bewirken muss, weil der Regierung oft der notwendige Wille zur konsequenten Durchführung fehlt. Deshalb werden bei den Beitrittsverhandlungen in verschiedenen Politikbereichen wie etwa bei der Freizügigkeit am Arbeitsmarkt lange Übergangsfristen notwendig werden.

Man scheint mit einer Verhandlungsdauer von zehn Jahren zu rechnen und es gilt, dass die Beitrittsverhandlungen der Natur der Sache nach ein Prozess mit offenem Ausgang sind, was – so muss der Rezensent anmerken – bisher allerdings immer als Automatik zum Beitritt verstanden wurde. Diese Selbstverständlichkeit wurde in der Türkei als diskriminierende Formel erachtet, die nicht mehr im Beschluss des Rats vom 13. Dezember aufscheinen sollte.

Es steht zu erwarten, dass die Verhandlungen mit der Türkei anders ablaufen müssen oder werden, als die bisherigen Erweiterungsrounds. Den beiden Autoren ist von der Logik her auch Recht zu geben, dass über Alternativen zum Beitritt erst dann gesprochen werden kann, wenn die Verhandlungen scheitern sollten. Die Türkei wird den Nachweis ihrer fortschreitenden Europäisierung zu führen haben und die EU den, dass sie ein Mitglied wie die Türkei ohne Schaden verkraften kann.

Albert Rohan:

Türkei: Chancen und Herausforderungen

Europäische Rundschau, Jg. 32, Nr. 4 (Herbst 2004), S. 97–104

Während Kramer und Krauß ein ausgewogenes Bild zeichnen, hält Albert Rohan, vormals Generalsekretär im Wiener Außenministerium, eher ein Plädoyer für den Beitritt der Türkei, wobei die negativen Argumente kaum erwähnt werden. Seine Argumentation geht davon aus, dass die Türkei ein europäisches Land sei, gehört es doch dem Europarat, der OECD, der OSZE, der Europäischen Raumfahrtorganisation, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie der NATO an. Schon 1959 unterbreitete die Türkei ein Ansuchen um assoziierte Mitgliedschaft in der damaligen EWG, und seit damals gibt es für die Türkei – mehr oder weniger ernst gemeinte – Perspektiven einer Mitgliedschaft. Es wird auf die dadurch ausgelösten Reformen in der Türkei hingewiesen, und auf die Empfehlung der Kommission, Verhandlungen über den Beitritt aufzunehmen, obwohl keine hundertprozentige Erfüllung der politischen Beitrittskriterien vorhanden ist, aber das wurde ja von anderen Aufnahmewerberinnen auch nicht verlangt. Verwiesen wird auch auf die Möglichkeit der Suspendierung der Beitrittsver-

handlungen bei ernsthaften Verletzungen der Grundwerte der Union sowie auf die zu erwartende lange Übergangsfrist.

Rohan geht auch auf den muslimischen Faktor ein und kommt zum Schluss, dass sich die 450 Millionen europäischen Christen vor den 70 Millionen muslimischen Türken doch nicht fürchten müssten, eher doch umgekehrt. Die außergewöhnliche strategische Position der Türkei wird sowohl als Gefahr als auch als Chance erkannt. Rohan kommt allerdings zum Schluss, dass die Türkei aufgrund ihrer vielfältigen Verbindungen zu diesem Raum die außenpolitischen Aktionsmöglichkeiten der Union beträchtlich verstärken würde.

Der Argumentation, dass der türkische Beitritt das Ende der EU beziehungsweise ihre Weiterentwicklung zu einer politischen Union wäre, begegnet Rohan damit, dass die Vereinigten Staaten von Europa auch in Zukunft eine Fata Morgana bleiben werde.

Geradezu empört äußert sich Rohan über die Kritik am Türkei-Beitritt. In einem Amalgam aus Ignoranz und Missverständnissen, aus Vorurteilen und Kleingeisterei sowie der bedenkenlosen Bereitschaft zum Wortbruch gehe die Dimension eines Türkei-Beitrittes als Teil des europäischen Friedenswerkes und als ein historischer Beitrag zum Verständnis zwischen den Zivilisationen völlig unter. Und leider tue sich Österreich in dieser Hinsicht in negativer Weise besonders hervor.

F. Stephen Larrabee:

Die Türken vor Brüssel

Eine amerikanische Sicht der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU

Internationale Politik, Jg. 59, Nr. 11–12
(November/Dezember 2004), S. 125–133

F. Stephen Larrabee von der RAND Cooperation beurteilt die Frage des Türkei-Beitrittes zur EU vornehmlich aus amerikanisch-strategischer Sicht. Die Türkei ist nach wie vor ein Eckpfeiler in der amerikanischen Strategie für den Nahen und Mittleren Osten und für den Persischen Golf, und dies obwohl die Beziehungen zwischen Washington und Ankara nur selten ohne Probleme

ablaufen und Ankara zum Beispiel eine dauerhafte Stationierung amerikanischer Soldaten auf türkischem Boden nicht akzeptiert. Auch die unterschiedlichen Einschätzungen hinsichtlich der Beziehungen etwa zu Syrien und dem Iran beeinträchtigen die Beziehungen nicht nachhaltig. Sogar das Kurden-Problem wird so einigermaßen gemanagt, wobei die USA auf einem schmalen Grat zwischen den Wünschen der irakischen Kurden nach Autonomie einerseits und dem Interesse an guten Beziehungen zur Türkei andererseits balancieren müssen. Hinsichtlich der Rolle der Türkei in Zentralasien und im Kaukasus gibt es aber Übereinstimmung, weil die Türkei ein nützliches Gegengewicht zu Russland bildet.

Alles in allem ist die amerikanische Elite von der geostrategischen Bedeutung der Türkei überzeugt, und sie befürwortet den Wunsch der Türkei nach Mitgliedschaft in der EU. Die USA besitzen ein strategisches Interesse an einer stabilen, demokratischen und säkularen Türkei, die eng an den Westen gebunden ist. Larrabee gibt allerdings zu erkennen, dass die Türkei als Vorbildrolle zur Demokratisierung des Nahen und Mittleren Ostens wenig hergibt. Eine Nichtaufnahme oder die Ablehnung von Beitrittsverhandlungen hätte allerdings starke negative Rückwirkungen auf die innenpolitische Situation der Türkei. Einerseits würde sich Ankara dann um engere Beziehungen zu den USA und Israel bemühen, andererseits würden die Islamisten versuchen, die Verbindungen zur muslimischen Welt zu intensivieren.

Eine Verweigerung der Mitgliedschaft würde auch zu einer Belastung der transatlantischen Beziehungen führen, und dies insbesondere deshalb, weil viele Amerikaner die Entscheidung der EU über die türkische Mitgliedschaft als eine Frage des Erkennens strategischer Notwendigkeiten durch die Europäer auffassen, welche die künftige politische Orientierung der Türkei und der EU genauso berührt wie die strategischen Interessen Amerikas. Daraus geht wieder ganz klar hervor, dass eine im Entstehen begriffene politische Union EU in amerikanischer Sicht eben nicht vorhanden ist.

Erich Reiter